

SVP Kanton Solothurn

Departement des Innern  
Regierungsrätin Susanne Schaffner  
Ambassadorenhof  
Riedholzplatz 3  
4509 Solothurn

16.11.2025

**Änderung des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB);  
Schaffung der gesetzlichen Grundlage zur Einführung der Formularpflicht bei neuen  
Mietverträgen**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

In vorgenannter Sache nehmen wir Bezug auf Ihr Schreiben vom 21. Oktober 2025 und danken Ihnen für die Gelegenheit, nachfolgend unsere Stellungnahme abgeben zu dürfen.

Die SVP setzt sich für ein schlankes, unbürokratisches und bürgerfreundliches Mietrecht ein, das weder einseitig zu Lasten der Vermieter noch der Mieter ausgestaltet ist. Unnötige Vorschriften und Symbolpolitik, die keinerlei Mehrwert haben, lehnen wir konsequent ab.

Die vorgesehene Formularpflicht verbessert weder den Mieterschutz, noch baut sie die dringend benötigten neuen Wohnungen oder senkt die hohen Mietzinse, unter denen die Bevölkerung finanziell leidet. Anstelle von noch mehr Bürokratie braucht der Kanton Solothurn weniger Zuwanderung, einfachere und für Laien verständliche Bauvorschriften, weniger Bürokratie, weniger KMU-Belastung, tiefere Steuern und Gebühren und schnellere Verfahren.

Die unwirksame Formularpflicht verursacht nur noch mehr Bürokratie und Kosten, ohne Wohnraum zu schaffen oder die Mieten zu senken. Der Kanton hat rund 1'000 Millionen Franken Schulden und ein jährliches Defizit von 100 Millionen Franken. Der Kanton Solothurn hat kein Geld für neue Verwaltungsstellen. Verhindern wir durch Einsparung dieser Stellen eine Steuererhöhung, hat die Solothurner Bevölkerung auch mehr Geld, um die Mieten bezahlen zu können.

Auch in Bezug auf den Mieterschutz ändert eine Formularpflicht nichts – im Gegenteil: Mieter von Wohnungen und Geschäftsräumen können schon heute nach Art. 256a Abs. 2 OR beim Abschluss des Mietvertrages Auskunft über die vorherige Miete verlangen und so den Anfangsmietzins als missbräuchlich anfechten. Dieser sehr weitgehende Mieterschutz besteht also bereits unabhängig von einer Formularpflicht.

**Die SVP Kanton Solothurn lehnt die Vorlage deshalb ab.**

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse  
SVP Kanton Solothurn

Nationalrat Rémy Wyssmann  
Präsident SVP SO

Kantonsrat Marc Winistorfer  
Mitglied Justizkommission